

Grüne Baselstadt
Sekretariat
Postfach 1344
4133 Pratteln 1
T/F 061 351 74 08
www.gruene.ch/bl
bl@gruene.ch
PC-Konto 40-7508-1

GRÜNPOL

Rundbrief zu aktuellen Themen

Grüner Frühling!

Das Jahr 2004 hat für uns Grüne sehr gut begonnen. Bei den Gemeindewahlen konnten wir in allen Gemeinden in welchen wir angetreten sind deutlich zulegen.

Ich gratuliere allen Gewählten ganz herzlich und wünsche viel grüner Erfolg in den Gemeinden.

Die Frauenräte BL und BS haben die Wahl der Politikerin des Monats in diesem Jahr lanciert.

Im Monat März wurde zum ersten Mal gewählt:



Florence Brenzikofer unsere grüne Landrätin aus Oltingen durfte diesen Titel als Premiere tragen.

Florence ist seit knapp einem Jahr Landrätin und hat sich bereits gut im Rat etabliert, sie kann Familie, Beruf und Politik auf ideale Art verbinden.

Bei den Grünen sind die Karrieren eben steil und nicht steinig. Ich bin stolz auf Florence und unsere ganze Landratsfraktion, macht weiter so!

Am 16. Mai sind sehr wichtige Abstimmungen.

Im Baselbiet geht es um die Partnerschaft.

Wir befürworten die beiden Jubiläumsinitiativen und lehnen die unfaire SVP Antipartnerschaftsinitiative klar ab. Auf Bundesebene müssen wir das Steuerpaket ablehnen. Mehr zu den Vorlagen auf den folgenden Seiten. Also los, an die Urnen oder Briefkästen, wir müssen unsere Zukunft sichern!

Ich wünsche allen einen grünen Frühling.

Philipp Schoch, Präsident Grüne BL

Grüne Fraktion

Die Grünen Landrätinnen und Landräte in vollständiger Besetzung (und zusätzlicher nationalrätlicher Verstärkung)



v.l.n.r.:

Kaspar Birkhäuser (Justiz & Polizei)

Isaac Reber (Bau & Planung)

Madeleine Göschke (Volkswirtschaft & Gesundheit)

Florence Brenzikofer (Vizepräsidium Erziehung & Kultur)

Philipp Schoch (Präsidium Umwelt & Energie)

Esther Maag (Fraktionspräsidium & Geschäftsprüfung)

Etienne Morel (Personal)

Maya Graf (Nationalrat)

Jürg Wiedemann (Finanz & Kirchen)

PAROLEN

zur Abstimmung vom 16. Mai 2004

11. AHV-Revision

NEIN

Erhöhung MWSt. für AHV/IV

JA

Steuerpaket

NEIN

Verfassungsinitiative „Faire Partnerschaft“

NEIN

Jubiläumsinitiative „Sicherheit“

JA

Jubiläumsinitiative „Spital“

JA

Nein zu diesem Steuerpaket - Bschiss!

Die Grünen befinden sich mit ihrem Kampf gegen das Steuerpaket in ungewohnter Gesellschaft. Während die Grünen im letzten Sommer das Volksreferendum ergriffen, haben elf Kantone erstmals in der Geschichte der Schweiz das Kantonsreferendum lanciert. Nun kämpfen bereits 20 Kantonsregierungen (fast überall mit bürgerlicher Mehrheit!) gegen diese Vorlage, die allein den Kantonen und Gemeinden jährlich 2.5 Milliarden Franken Einnahmen entzieht. Die Folgen dieser fatalen Sparprogramme: z.B.: grössere Schulklassen, höhere Studiengebühren, noch weniger Krippen-, und Tagesschulplätze, Abbau bei Spitex und Sozialhilfe, höhere Krankenkassenkosten, teurere Bus- und Bahnbillette etc....Und wer profitiert? Das Steuerpaket ist ein Geschenk an Reiche. 9% der Steuerpflichtigen erhalten 72% der Steuererleichterungen, 91% der Steuerpflichtigen verdienen weniger als 100'000 Franken netto und teilen sich den Rest! Von weniger Steuern profitieren vor allem Haushalte mit Einkommen über 150'000 Franken. Aber 89% aller Kinder haben Eltern, die weniger verdienen. Einelternfamilien und Konkubinatspaare werden gar benachteiligt. Der grösste „Bschiss“ ist darum, das Steuerpaket als familien- und kinderfreundlich zu bezeichnen. Es ist nicht nur ungerecht, sondern auch unverantwortlich. Denn die jährlich 4 Milliarden Franken Steuerausfälle reissen Löcher in die Kassen von Bund, Kantonen und Gemeinden. Und dort fehlt das Geld für wichtige Aufgaben im Umwelt-, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich und straft somit genau wieder diejenigen, die auf einen starken, solidarischen Staat angewiesen sind: Familien und/oder Normal-VerdienerInnen wie die meisten von uns!

Zu diesem Thema am 21. April in Sissach:

„Verschauklungs-Aktion“

Wer macht mit?

Kontakt:

Baselbieter Komitee „Familien gegen das Steuerpaket“, Isleten, 4450 Sissach, Tel/Fax 061 971 97 94

Kein Abbau der AHV auf dem Buckel der Frauen

Die 11. AHV-Revision hätte ein flexibles Rentenalter für alle bringen sollen. So versprochen es Bürgerliche und Bundesrat zur knapp abgelehnten Abstimmung über die Initiative der Grünen im Jahre 2000. Das Versprechen wurde gebrochen, frühzeitig in Rente gehen können nach wie vor nur Gutverdienende. Die AHV-Revision ist erstmals in ihrer Geschichte zu einer Abbauvorlage geworden: 872 Millionen Franken sollen jährlich eingespart werden. Und dies vor allem auf dem Buckel der Frauen. Das Frauenrentenalter soll auf 65 heraufgesetzt, die Witwenrenten gekürzt oder ganz abgeschafft werden. Und schliesslich soll die Anpassung der Renten an die Teuerung und die Lohnentwicklung nur noch alle drei Jahre stattfinden. Unsere AHV ist eine Volksversicherung, sie gründet auf dem Generationenvertrag und schafft den Ausgleich zwischen arm und reich. Ihr Verfassungsauftrag ist die Existenzsicherung. Solange dieser Auftrag nicht erfüllt ist, darf kein unnötiger AHV-Abbau vorgenommen werden. Darum Nein zu dieser Revision.

Ja zur Mehrwertsteuer für IV und AHV

Die Invalidenversicherung braucht trotz den Massnahmen der 4. Revision dringend mehr Einnahmen. Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0.8% ist deshalb für die IV existentiell. Die Schulden werden dieses Jahr auf 6 Milliarden Franken steigen. Der Grund für diese Finanzmisere ist bekannt: die Zahl der IV-RentnerInnen hat sich seit 1990 fast verdoppelt. Mit der geplanten 5. IV-Revision soll diesem Trend entgegen gewirkt werden. Jetzt aber die Finanzierung zu stoppen, wäre verantwortungslos und unsozial, es hätte drastische Folgen für die Betroffenen.

Maya Graf, Nationalrätin

Nein zur unfairen SVP- Initiative

Sind Sie auch der Meinung, dass man, wenn man eine Leistung bezieht, diese auch bezahlen soll? Und dass es möglich sein soll, Preisvergleiche anzustellen? Wenn Sie beiden Fragen zustimmen, dann müssen Sie die un-faire Partnerschaftsinitiative der SVP ablehnen. Sie ist nämlich ein Etikettenschwindel.

Mit der Initiative lassen sich keine Kosten sparen. Die Beiträge an gemeinsame Aufgaben von BS und BL erfolgen ja nicht aus reiner Grosszügigkeit, sondern sind der reelle Preis von erbrachten Leistungen. Werden diese Leistungen nicht mehr eingekauft oder gemeinsam erbracht, muss sie der Kanton Basellandschaft selber erbringen. Stellen Sie sich vor, was das kosten würde, wenn wir plötzlich im Alleingang eine Uni, ein Universitätsspital, eine Fachhochschule oder eine Regio-S-Bahn betreiben müssten!

Ein Einfrieren der Abgaben in Abhängigkeit des Steuerertrages ist zudem absurd, willkürlich und unlogisch. Kein Wirtschaftsfachmensch käme auf eine solch investitions- und innovationsfeindliche Idee. Ein Staatsgebilde muss flexibel auf veränderliche Bedürfnisse reagieren können und braucht dazu gleichzeitig verlässliche Partner, mit denen es immer wieder neu verhandelt. Preisvergleiche sind dabei durchaus opportun, doch wird wohl niemand im Ernst zum Beispiel einen Verkehrsverbund mit dem Tessin anstreben wollen, oder...?

Das Leben der beiden Basel ist eng miteinander verflochten. Fast täglich beanspruchen die meisten von uns direkt oder indirekt Leistungen aus beiden Kantonen, ohne sich dessen immer bewusst zu sein: Die BVB und die BLT, die Uni, das Theater, die FHbB, die Luft, den Wald (das Lufthygiene- und das Forstamt beider Basel), um nur einige Beispiele zu nennen. Werden dem einen Kanton Ressourcen entzogen, so leidet der andere immer mit. Das ist nicht nur unsolidarisch, sondern im höchsten Mass auch unklug.

Und nicht zuletzt ist die Initiative auch Ausdruck eines geringen Selbstvertrauens und eines tiefen Misstrauens – ob persönlich oder politisch - in jedem Fall zwei schlechte Ratgeber. Das selbstbewusste Baselbiet muss keine Angst vor einer starken regionalen Zusammenarbeit haben! Deswegen nein zur unfairen Initiative.

Esther Maag, Vorstandmitglied Starke Region, Landrätin

Die Sicherheitsinitiative

Die Baselbieter Regierung betont, wie wichtig ihr eine gut funktionierende Partnerschaft mit Basel-Stadt sei. Doch wenn es darum geht, tief greifende, grundlegende Massnahmen zur Aufhebung der Doppelspurigkeiten einzuleiten, schreckt sie zurück und hebt vor allem die Schwierigkeiten bei der Umsetzung hervor. Wir Grünen sind uns bewusst, dass diese Schwierigkeiten bei den Partnerschaftsinitiativen bestehen, aber wir meinen, dass sie im Interesse des Zieles mutig angegangen und überwunden werden müssen

Was die Sicherheitsinitiative betrifft, so stellen wir fest, dass es weltweit Hunderte, wenn nicht Tausende von politischen Gebilden aus Landgebieten mit einem städtischen Zentrum gibt, die ihre Polizei und Feuerwehr einheitlich, kostengünstig und effizient führen. Weshalb sollte dies nicht auch für Basel und Umgebung möglich sein?

Wir anerkennen bei der bestehenden Polizei Baselland zwar die Vorteile ihrer mittelgrossen Organisation, doch denken wir, dass auch eine bikantonale Polizei flexibel sein und schlank geführt werden kann. Vor allem in der oberen Führung liessen sich teure Doppelspurigkeiten beseitigen. Die neue Feuerwehr stellen wir uns als eine Berufs- und Milizfeuerwehr unter gemeinsamer Führung vor. Beim Bevölkerungsschutz gibt es keinerlei Nachteile und nur Vorteile, wenn man ihn zusammenlegt. Hier können die Kosten weiter optimiert werden.

Wir Grünen sind überzeugt, dass die Umsetzung der Sicherheitsinitiative, wenn sie richtig an die Hand genommen wird, längerfristig Vorteile für beide Halbkantone bringen wird.

Kaspar Birkhäuser, Landrat

Ja zur Spitalinitiative

Die Grünen wollen die Erhaltung der hochwertigen dezentralen Grundversorgung und der universitären Spitzenmedizin für alle.

Dieses Ziel ist gefährdet:

1. Wegen der nicht mehr finanzierbaren Doppelspurigkeiten in unserer Region und
2. Wegen des gesamtschweizerischen Verteilungskampfes zwischen den medizinischen Fakultäten.

Nur durch eine zusammengefasste Organisation mit einheitlicher Leitung und gemeinsamer Führung kann unsere hochwertige Medizin auch in Zukunft gesichert werden.

Die Basellandschaftliche Regierung fasst die Stärken der Initiative mit folgenden Worten zusammen:

Führung vereinheitlichen, Dienstleistungsangebot optimieren und Kosten senken.

Das sind auch unsere Gründe für die Spitalinitiative!

Trotz dieser starken Argumente ist die Regierung dagegen. Wo bleibt da die Logik?

Die unformulierte Spitalinitiative will, dass die kantonalen Spitäler beider Basel unter einheitlicher Leitung geführt werden. Eine gemeinsame Dachorganisation, ein Spitalverbund erleichtert die Zusammenarbeit zwischen den medizinischen Fachgebieten, überwindet die heutigen teuren Doppelspurigkeiten und verbessert die Chancen zur Erhaltung der Medizinischen Fakultät und

unserer Spitzenmedizin. Die Medizinische Fakultät ist von grosser Bedeutung für die Forschung der pharmazeutischen Industrie und den regionalen Wirtschaftsstandort. Wir müssen uns mit aller Kraft für unsern Wirtschaftsstandort einsetzen und am 16. Mai ein klares Signal nach Bern senden. Denn dort wird entschieden, welche Fakultäten in welchem Umfang weiter geführt werden und wie viel Spitzenmedizin in Basel bleibt.

Die Grünen befürworten die Spitalinitiative. Gerade weil sie unformuliert ist, lässt sie den beiden Kantons-Parlamenten und Regierungen viel Gestaltungs- und Verhandlungsspielraum. Diese Initiative will eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Baselland und Baselstadt – mehr nicht!

Über konkrete Inhalte wird das Volk in einer späteren Abstimmung das letzte Wort haben.

Madeleine Göschke, Landrätin

12'000 gegen die Embryonenforschung!

Unter dem Motto «Ethik statt Profit» hat der Basler Appell gegen Gentechnologie als einzige links-grüne Organisation gegen das Stammzellenforschungsgesetz das Referendum ergriffen. Am 7. April haben wir rund 12'000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht! Zusammen mit den Unterschriften der beiden anderen Komitees aus dem rechtskonservativen, christlichen Milieu steht damit das Referendum.

Embryonen, die für die Zeugung menschlichen Lebens hergestellt wurden, dürfen nicht als Rohstoff für Experimente der Forschung überlassen werden. Auch die in Aussicht gestellten Therapien gegen bisher unheilbare Krankheiten rechtfertigen diesen Dammbuch nicht – im Vordergrund der Industrie steht der Profit. Schliesslich ist es unredlich, dass im Titel des Gesetzes von «embryonalen Stammzellen» die Rede ist, während es explizit um so genannte überzählige, tief gefrorene Embryonen geht, die bei einer In-Vitro-Fertilisation nicht verwendet werden. Der Basler Appell verwahrt sich dagegen, dass die Chemische Industrie und ihre Lobby in Bern einmal mehr ethische Grundsätze über Bord werfen will, ohne dass dieses fundamentale Thema in der Öffentlichkeit hätte diskutiert werden können.

In der Abstimmungskampagne wird der Basler Appell auf Kooperationen mit den anderen Referendumskomitees verzichten, zu unterschiedlich ist die Argumentation. Doch Ethik ist nicht an politische Positionen gebunden. Der Basler Appell wird deshalb Verbände und Parteien aus dem linken Lager um Unterstützung bitten. Der Vorstand der Grünen Partei der Schweiz hat im Gegensatz zur gespaltenen SP bereits im Januar beschlossen, unser Referendum zu unterstützen.

Wir danken an dieser Stelle allen für die Mithilfe beim Sammeln. Mit Hilfe der Grünen werden auch die Chancen für ein Nein in der Volksabstimmung (und damit für einen Erfolg des Referendums) intakt sein. Auf in den Kampf um die Menschenwürde!

Im Namen des Basler Appells gegen Gentechnologie
Christoph Baumann

Lukas Ott – unser Liestaler Stadtpräsident mit Erfahrung und Engagement



Die Chancen stehen gut, dass Liestal erstmals und als erste Baselbieter Gemeinde überhaupt von einem Grünen präsidiert wird. Als gemeinsamer Kandidat von SP und Grünen und mit der Unterstützung eines breit abgestützten Komitees bewirbt sich der grüne Stadtrat Lukas Ott am 16. Mai um das höchste politische Amt im

"Stedtli", welches nach dem Rücktritt des bisherigen Stadtpräsidenten Marc Lüthi (FDP) frei wird.

Mit dieser Kandidatur unterstreicht das rot-grüne Lager seinen Führungsanspruch und den Willen, die in der zu Ende gehenden Legislaturperiode eingeleitete Erneuerung Liestals weiter voranzutreiben. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang etwa die nachhaltige und sozialverträgliche Sanierung der Finanzen, die Lösung der Verkehrsprobleme, die Verwaltungsreform oder die Vertiefung der Beziehungen zum Kanton. Dies alles sind Geschäfte, die Lukas Ott seit seinem Amtsantritt als Stadtrat vor dreieinhalb Jahren auch persönlich entscheidend mitgeprägt hat. Überdies hat er in seinem Bildungsdepartement erfolgreich die Umsetzung des neuen Bildungsgesetzes eingeleitet und die Strukturen gestrafft. Der 38-jährige Soziologe und Politikwissenschaftler verfügt über einen beeindruckenden politischen Leistungsausweis: Als Landrat (1987 bis 1996), Einwohnerrat (1992 bis 2000), Stadtrat (seit 2000) und Präsident des Verbands des Personals öffentlicher Dienste Baselland (vpod bl; seit 1997) hat er sein politisches Talent und sein Lösungsorientiertes Politik-Verständnis in unzähligen Geschäften unter Beweis gestellt. Bei Lukas Ott paart sich jugendliches Engagement mit politischer Erfahrung und beruflicher Kompetenz - ideale Voraussetzungen für das schwierige Amt des Liestaler Stadtpräsidenten.

Urs Knecht, Liestal

Gemeindepräsidenten-Wahlen 2004: Übersicht

Die Grünen BL empfehlen ausserdem die Kandidaten der SP zur Wahl in

- Binningen: Charles Simon
- Birsfelden: Hugo Holm
- Nenzlingen: Heinz Aebi in stiller Wahl gewählt
- Pratteln: Beat Stingelin
- Reigoldswil: Werner Schweizer
- Reinach:



Urs Hintermann, Reinach

und wünschen allen viel Erfolg

Was bedeutet Nachhaltigkeit?

Was ist Entwicklung? und

Welche Kräfte und Denkweisen müssten in diesen Prozessen zur Wirkung kommen?

Grüne Retraite

„Nachhaltiges Wirtschaften“

Mit Bruno Rossi und Mirjam Behrens vom Freitag, 7. Mai 18.00 Uhr bis Samstag 8. Mai 13.00 Uhr

im „Haus für Bildung und Begegnung“ auf dem Herzberg bei Aarau.

Ziel der Retraite ist es, Antworten auf diese und andere Fragen zu finden, unsere eigenen Standpunkte zu bestimmen sowie konkrete Vorschläge für die politische Umsetzung zu erarbeiten.

Bruno Rossi wohnt in Gelterkinden und bietet unter dem Namen „fairent“ Entwicklungs- & Prozessberatung an für Unternehmen, Organisationen, Verwaltungen und soziale Einrichtungen.

Miriam Behrens wohnt in Ormalingen, arbeitete bis Ende März 2004 für Pro Natura zum Dossier Globalisierung, ist Mitbegründerin von „public eye on Davos“ und arbeitet neu ab 1. April als stellvertretende Geschäftsführerin bei der Grünen Partei Schweiz.

Für die Übernachtung auf dem Herzberg steht uns das Masslager zur Verfügung. Die Kosten pro TeilnehmerIn der Retraite betragen inklusive Übernachtung, Nachtessen, Frühstücksbuffet, Sandwichpause (Getränke jeweils exklusive) und Plenumsraum 70 Franken. Personen in Ausbildung und Wenigverdienende bezahlen die Hälfte

Programm & Anmeldetalon zu beziehen bei

Grüne Baselland, Björn Schaub,

Knöringerstrasse 6, 4055 Basel.

Tel/Fax: 061 321 41 15. Mail: bl@gruene.ch

Anmeldeschluss: am 23. April

Und wer Lust hat, sich zu bewegen und amüsieren geht am 30. April ab 21⁰⁰ Uhr ins KiK Sissach zur

Walpurgisnacht.

Eingeladen zum geselligen Tanz, Trunk und Tratsch wird von Maya Graf und Anki Tschopp

Hexenkluft ist Ehrensache